



Schutz auf dünnem Eis

Missbrauch In der aktuellen Fluchtwelle aus der Ukraine sind besonders Frauen und Kinder von potenzieller Ausbeutung bedroht. Die öffentliche Hilfsbereitschaft bleibt enorm. Dennoch bereiten Hilfswerken und Fach und Anlaufstellen vor allem die häufig schwer überschaubaren privaten Unterkünfte Sorgen. **Von Jan Strobel**

Gemäss aktuellen Schätzungen halten sich in der Stadt Zürich rund 1700 Geflüchtete aus der Ukraine auf. Gesicherte Zahlen über den tatsächlichen Umfang der Fluchtwelle, die sich in ihrer Dynamik von allen bisherigen unterscheidet, sind nicht verfügbar. Dennoch lässt sich eine Tatsache herausstreichen: Bei der Mehrheit der Geflüchteten handelt es sich um Frauen und Kinder. Das Staatssekretariat für Migration (SEM) spricht von rund 60 bis 70 Prozent.

Frauen und Kinder als besonders verletzte Gruppe sind dabei einem erhöhten Risiko von Ausbeutung ausgesetzt. Das legen jüngste Berichte aus dem Ausland nahe. Aus Berlin wurden erste Hinweise gemeldet, dass Menschenhändler die Situation der allein reisenden Frauen und Jugendlichen ausnutzen wollen. Zu ähnlichen Vorfällen soll es in Polen gekommen sein. Das Thema hat nun auch die Schweiz erreicht. Ende März forderte im Ständerat die Kommission für Rechtsfragen einen verbesserten nationalen Aktionsplan gegen Menschenhandel. Und im Winterthurer Gemeinderat reichte die EVP eine Schriftliche Anfrage ein, die auch auf den Umgang mit einem potenziellen Ausbeutungsrisiko von Ukrainerinnen ein Schlaglicht wirft.

In der Stadt Zürich als grösstem Eingangstor für Geflüchtete aus der Ukraine wiederum fokussiert besonders die Fachstelle Frauenhandel und Frauenmigration (FIZ) auf das Problem. «Von unseren Partnerorganisationen in der Ukraine und den Nachbarländern hören wir tatsächlich von

konkreten Hinweisen auf mögliche Fälle», bestätigt Doro Winkler von der FIZ. Die Fachstelle selbst habe aber noch keinen konkreten Fall aus der Ukraine erhalten. «Wir gehen davon aus, dass diejenigen, die in dieser ersten Zeit fliehen konnten, über Transportmittel und Geld verfügten, um rasch hierherzukommen. Wir wissen aber aus unserer Erfahrung aus dem Projekt Menschenhandel und Flucht, dass die Gefahr, in eine Ausbeutungssituation zu geraten, steigt, je schwieriger die Situation wird und je weniger Möglichkeiten die Geflüchteten haben, beispielsweise wenn ihnen das Geld ausgeht, sie keine Unterkunft haben oder auf ein Transportmittel angewiesen sind. Dann sind sie auf Hilfe Dritter angewiesen», sagt Doro Winkler.

Engmaschige Begleitung

Sorgen bereitet der FIZ in der aktuellen Situation die nur schwer zu überschauenden privaten Unterkunftsangebote, insbesondere auf Facebook und in Telegram- und Whatsapp-Chats. Diese Gastgeber würden häufig nicht überprüft, hätten möglicherweise unrealistische Erwartungen oder bekämen keine Unterstützung bei Schwierigkeiten. Es müsse ein Bewusstsein darüber bestehen, welche Hürden das Zusammenleben allenfalls erschweren können, Sprachbarrieren etwa oder Traumatisierungen der geflüchteten Personen. «Im besten Fall führt das einfach zu vermehrten Konflikten, die vermeidbar gewesen wären. Im schlechtesten Fall kann dies aber Ausbeutungssituationen begünsti-

gen», bekräftigt Doro Winkler. Solche Situationen könnten sich im Verlangen von finanziellen und anderen Gegenleistungen für die Unterkunft äussern oder etwa im Einzug von Pässen als «Garantie». Die FIZ pocht deshalb darauf, dass sich Personen, die Geflüchtete aufnehmen, offiziell registrieren lassen. Das Vorweisen eines Strafregisterauszugs der Gastgeber sei als präventive Massnahme ein Minimum. Es brauche auch eine Vorbereitung und eine engmaschige Begleitung durch staatliche oder vom Staat beauftragte Stellen, so die FIZ. «Alle müssen wissen, was ihre Rechte und Pflichten sind. Die Erwartungen beider Seiten und die Bedürfnisse der Gäste müssen geklärt werden», betont Doro Winkler.

Einen Strafregisterauszug bei privaten Unterbringungen von Geflüchteten verlangt zum Beispiel auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe. Sie empfiehlt zudem besonders vulnerablen Personen, sich bei der Ankunft direkt bei einem der Bundesasylzentren anzumelden. Für die FIZ allerdings sind Bundesasylzentren keine sicheren und adäquaten Unterbringungsorte für besonders verletzte, traumatisierte Personen, wie zum Beispiel Opfer von Menschenhandel. Es brauche gerade für diese Gruppe vielmehr eine spezialisierte Unterbringung.

Entscheidend für die Fachstellen hinsichtlich der Prävention von Menschenhandel oder Missbrauch ist die Kooperation mit den städtischen Behörden. «Sie läuft aufgrund bereits bestehender Netzwerke gut», sagt Doro Winkler.



Hier sei es besonders wichtig, dass die Koordination und der Austausch zwischen den verschiedenen Akteuren weiter regelmässig stattfinden und klare Kontakt- und Anlaufstellen für geflüchtete Personen, Freiwillige oder Gastgeber bestehen und auch bei Ausbeutungssituationen reagiert werde. «Wie in der Stadt Zürich braucht es auch auf Bundes- und Kantonebene eine zentrale Stelle, bei der die Päden zusammenlaufen.»

Um auf die vielfältigen und äusserst volatilen Herausforderungen und Entwicklungen der gegenwärtigen Flüchtlingswelle zu reagieren, hat der Stadtrat unter anderem einen Krisenstab unter der Ägide des

Sozialdepartements ins Leben gerufen. Zudem wurde die Informationsplattform stadt-zuerich.ch/ukraine in Deutsch und Ukrainisch online aufgeschaltet.

Als weitere Präventionsmassnahme fordert die FIZ direkte Transporte von verletzlichen Frauen und Kindern in die Schweiz. «Die Menschen sollten nicht allein auf die gefährliche Route gelassen werden», sagt Doro Winkler. «Die Transporte sollten von europäischen Staaten an der ukrainischen Grenze organisiert werden, mit Zügen oder Bussen, mittels eines Verteilschlüssels in die verschiedenen Zielländer.» Dies gelte auch für die mittlerweile

aus den Schlagzeilen verschwundene Mittelmeerroute. «Es ertrinken dort nach wie vor furchtbar viele Menschen, weil sie keinen sicheren Fluchtweg zur Verfügung haben.»

Die FIZ und auch die Schweizerische Flüchtlingshilfe warnen zudem vor einer Ungleichbehandlung von Geflüchteten. Ein solcher Schutzstatus dürfe nicht nur Ukrainerinnen und Ukrainern offenstehen, sondern müsse auf alle geflüchteten Personen, die vor Krieg und Gewalt fliehen, ausgeweitet werden.

Was ist Ihre Meinung zum Thema?
echo@tagblattzuerich.ch



Besonders Frauen, Kinder und Jugendliche, die aktuell aus der Ukraine flüchten, können Opfer von Ausbeutung und Menschenhandel werden. Bild: iStock